

künftige Entwicklungsrichtung charakterisiert er als „Mischung aus Restauration und Experiment“, ohne daß man beides auf einen ideologischen Nenner bringen könne.

Der amerikanische Katholizismus werde sowohl weiterhin eine massive *institutionelle Realität* sein als sich auch den *menschlichen Bedürfnissen* in ihrer ganzen Breite stellen. Er werde weder auf die Akzeptanz der Moderne verzichten, noch auf den Dienst an der Menschheit, wie beides vom Zweiten Vatikanischen Konzil verlangt werde. Positiver als die drei bisher dargestellten Erwidern auf Neuhaus fiel der Kommentar des Theologen *Avery Dulles* von der New Yorker Fordham University aus. Dulles füllte das Stichwort vom „katholischen Augenblick“ allerdings mit systematisch-theologischen Darlegungen zur *Katholizität der Kirche*. Diese liege in ihrer Kontinuität

bis in ihre Anfänge bei den Aposteln begründet, in der vielfältig gestalteten Einheit der zahlreichen Ortskirchen, in der Überschreitung der Grenzen zwischen den unterschiedlichen Denominationen in der einen *catholica* sowie schließlich im Engagement für die Armen und Schwachen. Unter Verweis auf Johannes Paul II. wandte Dulles sich gegen einen „Ökumenismus des Kompromisses und der Reduktion“ und sprach sich für einen „Ökumenismus gegenseitiger Bereicherung und der Wahrheit“ aus. Katholizität werde andererseits, je nach Ort und Zeit, immer nur mehr oder weniger gut und vollständig realisiert.

Nicht jeder, der selbstbewußt Katholizität theologisch füllt, muß deshalb bereits den merkwürdig neokonfessionalistisch anmutenden Begriff eines „catholic moment“ bejahen. Und manches Betonen des Katholischen er-

weist sich als höchst selektiv, wenn sich herausstellt, daß zwar die doktrinaire Unterscheidung und Abgrenzung gesucht, die gesellschaftlich-kritische Dimension des Glaubens jedoch mit auffallendem Schweigen übergangen wird.

Was für den einzelnen, der Katholizität in religiös unübersichtlicher Zeit für sich entdeckt, Geborgenheit verheißt, kann für denjenigen, der aus der katholischen Tradition stammt, nur allzu deutliche Erinnerungen an ein überwunden geglaubtes Ghetto beinhalten. Grund genug also, einem Schlagwort wie dem vom „catholic moment“ eher reserviert gegenüberzustehen – im Wissen, daß damit komplexe weltanschauliche Wirklichkeit kaum eingefangen wird, andererseits aber Bedürfnisse in Teilen der Kirche benannt werden, die es durchaus wahr- und ernstzunehmen gilt. *K. N.*

Die Transformation geht weiter

Polen sechs Jahre nach dem Systemwechsel

Seit einigen Wochen amtiert in Polen eine neue Regierung unter Ministerpräsident Oleksy von der postkommunistischen Linksallianz. Im Herbst dieses Jahres stehen Präsidentschaftswahlen an, wobei sowohl Regierungs- wie die meisten Oppositionsparteien gegen eine Wiederwahl von Lech Wałęsa sind. Trotz restaurativer Tendenzen und einem rechtlichen Vakuum zwischen Regierung und Präsident sind in Polen demokratische Ordnung und offene Gesellschaft nicht gefährdet.

Am 26. Oktober 1993 war die Koalitionsregierung aus postkommunistischer Linksallianz (SLD) und Bauernpartei (PSL) gegen den Willen von Präsident *Lech Wałęsa* ins Amt gekommen. Dieser nutzte die Koalitionskrisen seit Anfang 1994 immer wieder für das gegenseitige Ausspielen der Koalitionspartner, deren Vorsitzende *Aleksander Kwaśniewski* (SLD/SdRP) und Ministerpräsident *Waldemar Pawlak* (PSL) er zugleich als potentielle Konkurrenten bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst 1995 ansah.

Aus strategischen Gründen hatte der Wahlsieger SLD im Herbst 1993 auf das Amt des Ministerpräsidenten verzichtet und es dem Bauernpolitiker Pawlak überlassen (siehe HK, Dezember 1993, 608–614). Präsident Wałęsa setzte erfolglos alles daran, *Tadeusz Mazowieckis* oppositionelle Freiheitsunion (UW), die im Frühjahr 1994 aus dem Zusammenschluß von Demokratischer Union (UD) und Liberaldemokratischem Kongreß (KLD) entstanden war, in eine Koaliti-

on unter einem SLD-Premier zu treiben, um einerseits einer reformorientierten Politik wieder eine Chance zu geben und andererseits sich selbst in den Präsidentschaftswahlen als Alternative zu einem „rot-rosa“ Bündnis von Postkommunisten und Freiheitsunion zu profilieren.

Die Politik der Bauernpartei

Die Bauernpartei mit ihrem Premier an der Spitze versuchte seit Regierungsantritt, ihre Interessen gegen das Linksbündnis von Aleksander Kwaśniewski durchzusetzen, wobei sie vornehmlich auf die Personalpolitik von Regierungsbehörden, auf eine Verlangsamung der Wirtschaftsreformen (Agrarpolitik, Haushalt, Privatisierung, Banken) und Zentralisierung der Staatsverwaltung setzte. Schon im Februar 1994 kam es zum Rücktritt des reformorientierten Finanz-

ministers *Borowski* (SLD). Nach einem langen Tauziehen zwischen Premier, SLD und Präsident Wałęsa um den Borowski-Nachfolger wurde am April 1994 der SLD nahestehende Wirtschaftsfachmann *Grzegorz Kołodko* zum neuen Finanzminister ernannt.

Innerhalb weniger Monate setzte Pawlak seine Leute in Aufsichtsräte von Stiftungen, regierungsnahe Institutionen und Regierungsagenturen mit Zugang zu Finanzquellen. Die Regierung Pawlak gab im Staatshaushalt dem Agrarsektor gegen den hinhaltenden, aber schließlich erfolglosen Widerstand des SLD neue Priorität. Es wurden Schutzzölle für Agrarprodukte eingeführt, die einen Inflationsschub verursachten. Ende Mai 1994 wurde der Koalitionspartner von PSL-Plänen überrascht, die Staatsmonopole für Tabak, Zucker und Branntwein zu erhalten. Monatelang verzögerte die Bauernpartei auch das Programm der Massenprivatisierung (PPP).

Die Machtproben um die Besetzung von Schlüsselpositionen in der Wirtschaftsadministration im Kontext der von Finanzminister Kołodko verantworteten Gesamtwirtschaftsstrategie spitzten sich bis zum Herbst 1994 zu. Am 9. Juni, unmittelbar vor den Kommunalwahlen, hatte Kołodko im Sejm sein Wirtschaftsprogramm für die nächsten Jahre unter dem Titel „Strategie für Polen“ vorgelegt. Auch bei der Diskussion der „Strategie“ stellte sich heraus, daß die Befürworter des marktwirtschaftlich orientierten Programms eher in der Opposition zu finden waren als beim Koalitionspartner PSL und dem konservativen Flügel der Linksallianz (Arbeitsminister *Leszek Miller*), der schließlich auch die dringend notwendige Reform der teuren Renten- und Sozialsysteme blockierte.

Vierzig Jahre lang war die gleichgeschaltete Vereinigte Bauernpartei (ZSL) dazu verurteilt, als Blockflöte nach der Melodie der kommunistischen Arbeiterpartei zu tanzen. So konnte der Eindruck entstehen, daß Pawlaks PSL, die personell und organisatorisch weitgehend unbeschadet den Systemwechsel überstanden hat, mit ihrer „Säuberung“ auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung nicht nur den „Geist“ und Stil der *Solidarność*-Eliten vertreiben wollte, sondern sich auch für die Demütigungen vergangener Jahrzehnte rächte.

Zum Vollstrecker der Idee einer starken Zentralbürokratie und einer parteipolitischen Gleichschaltung der lokalen Administration wurde der Leiter des Ministerratsamtes (URM), *Michał Strak*. Systematisch wurden über 60 Prozent der seit 1989 eingesetzten Wojewoden durch Vertreter aus den Regierungsparteien ersetzt, wobei der Löwenanteil entsprechend den Mehrheitsverhältnissen in den Wojewodschaften bei den Parlamentswahlen 1993 an PSL-Mandatsträger fiel. In einem Gesetzespaket zur Reform der zentralen Staatsverwaltung wurde u. a. vorgeschlagen, die Wahlperiode der Wojewoden mit der Amtsdauer der Regierung zu koppeln. Allgemeines Ziel des Pakets waren die Reorganisation der Ministerratskanzlei, eine Trennung von politischen und nichtpolitischen Beamten, die bessere Koordinierung der Arbeit von Ministerien und eine Optimierung der Steuerung auf

der Schiene Zentrale – Wojewodschaften – Gemeinden, nicht eine Dezentralisierung. Ein von der Regierung Suchocka aufgelegtes „Pilotprogramm“ zur Stärkung der Gemeinden wurde zusammengestrichen, die Idee der Wiedereinführung der Kreisebene als Verwaltungseinheit zwischen Wojewodschaft und Gemeinde vorläufig fallengelassen.

Auch der Rücktritt des international angesehenen Außenministers *Andrzej Olechowski* – eines der drei „präsidialen“ Minister (Äußeres, Inneres, Verteidigung) –, im Oktober 1994 angekündigt und im Januar 1995 vollzogen, stand im Zusammenhang mit den personalpolitischen und organisatorischen Vorstellungen der Koalition in seinem Ministerium und mit einer mißglückten Antikorruptionskampagne („*czyście ręce*“) von Justizminister *Włodzimierz Cimoszewicz*.

Das Ergebnis der Kommunalwahlen vom 19. Juni 1994 hatte für die Diskussion der Zukunft der territorialen Selbstverwaltung zur Folge, daß sich Mazowieckis Freiheitsunion und Kwaśniewskis Linksallianz für die weitere Dezentralisierung und für die Wiedereinführung der Kreise in der Territorialverwaltung stark machten, während die PSL sich mit ihren Hochburgen in strukturschwachen Gebieten und auf dem Lande in ihrem Mißtrauen gegen eine Verlagerung von Kompetenzen von der Zentrale weg auf die Gemeinden und auf eine neu einzuführende Kreisebene bestätigt sah. Das Kommunalwahlergebnis führte insofern zu einer indirekten Korrektur des Sejmwahlergebnisses und zu einer „Normalisierung“ der Parteienlandschaft, als die konservativ-katholischen und gemäßigt rechten Parteien in den Kommunalvertretungen mit ungefähr 20 Prozent der Sitze vertreten sind.

Parteien in Profilierungsnot und ein politischer Präsident

Die Politik der bis 1. März 1995 amtierenden Regierung Pawlak, ihre innere Zerstrittenheit und mangelnde Entscheidungsfreude in wesentlichen Fragen der Systemtransformation und des Ausbaus des demokratischen Staates sowie die diversen Korruptionsskandale hätten vor allem der größten Oppositionspartei genügend Gelegenheit zur Profilierung gegeben. Die Freiheitsunion steckt aber in großen Dilemmata, die ihr das Opponieren erschweren.

Die programmatische Diffusität und die Angst vor einer Wahl potentieller Koalitionspartner auf der rechten oder der linken Seite präjudiziert die Entscheidungen in taktischen Fragen oppositioneller Politik. Dementsprechend erscheint die VW unter ihrer gegenwärtigen Parteiführung wie gelähmt und profillos. Die Folge dieses Erscheinungsbildes ist, daß die Spekulationen über ein Auseinanderfallen der Union sich im Herbst 1994 häuften. Zugleich belebte sich die Diskussion über eine neue, dynamischere Parteiführung, nachdem der „Vater“ der erfolgreichen Schocktherapie, *Leszek Balcerowicz*, im Februar 1995 seinen Eintritt in die VW ankündigte.

Die Freiheitsunion der demokratischen Prominenz von *Ta-*

deusz Mazowiecki, Bronislaw Geremek, Hanna Suchocka und *Jacek Kuroń* kann den großen Regierungsparteien auch rein organisatorisch kein Paroli bieten. SLD und PSL, den erneuerten Parteien des alten Regimes, steht das Netz der Parteiorganisationen von PTPR und ZSL in Wojewodschaften, Städten und Gemeinden zur Verfügung. Sie sind zugleich auch die größten Mitgliederparteien (PSL ca. 200000, SLD ca. 60000). Trotz Fraktionierungen konnte in den neualten Regierungsparteien die Disziplin bisher höher gehalten werden als in den neuen, nach 1989 entstandenen Parteien. Die Solidarność-Nachfolgeparteien haben keinen funktionierenden Apparat bis in die Gemeinden hinein aufbauen können, sind organisatorisch schwach und interparteilich sowie untereinander zerstritten, wobei weniger Unterschiede in den tagespolitischen Fragen oder in den gemeinhin irrelevanten, da wenig konkreten, Programmen als persönliche Rivalitäten den Ausschlag geben. Nur die UW hat als stärkste der neuen Parteien über 10000 Mitglieder, während die nationalchristlichen und konservativ-liberalen Parteien nur über einige hundert oder tausend Mitglieder verfügen.

Das Parteiensystem ist *noch längst nicht konsolidiert*. Die immer wieder herausgeschobene Überwindung der Trennungslinie System/Antisystemparteien wird vermutlich noch bis nach den Präsidentenwahlen im Herbst 1995 auf sich warten lassen. Die einzige bedeutende Ausnahme bildet bisher die linkssozialdemokratische Arbeitsunion (UP) mit ihrem Post-PZPR- und Postsolidarnosc-Flügel. In der SLD steht dem konservativ-sozialistischen ein sozialliberaler Flügel gegenüber, der am liebsten eine Koalition mit dem sozialliberalen Flügel der UW eingehen würde; dagegen liebgügelt ein konservativ-katholischer Flügel der Bauernpartei mit Teilen der national-christlichen Oppositionsparteien. Konservativ-liberale Politiker der UW sehen diese Partei gerne in der Nähe katholischer und konservativer Parteien. Eines eint derweil Regierungs- und die meisten Oppositionsparteien von der Linken bis zur Rechten (aus unterschiedlichen Motiven) im innenpolitischen Poker um die Macht: Die Ablehnung einer Wiederwahl des gegenwärtigen Präsidenten Wałęsa.

In dem instabilen Verhältnis der Parteien und weltanschaulichen Lager zueinander hat Präsident Wałęsa, begünstigt durch das Verfassungsvakuum, seit Amtsantritt eine aktive Rolle gespielt. Die sich häufenden Versuche des Präsidenten, direkt auf die noch im Aufbau befindlichen neuen Strukturen des öffentlichen Rundfunks und Fernsehens Einfluß zu nehmen und Wałęsas Schritte in Richtung Politisierung und Vereinnahmung der Armee für seine Zwecke waren im Herbst 1994 Ausdruck seines politischen Interesses, nicht eines Selbstverständnisses vom ausgleichenden, über den Parteien stehenden und vermittelnden Staatsoberhauptes. Die Präsidentenwahlen im Herbst 1995 warfen ihre Schatten voraus.

Seit seiner Wahl im Herbst 1990 forderte Wałęsa die Erweiterung der präsidialen Kompetenzen und kämpfte darum. Aber die Ausweitung der Macht des Präsidenten korrespon-

Feministische Theologie



Ina Praetorius
Skizzen zur Feministischen Ethik
208 S. Kt. DM/SFr 34,- /
ÖS 265,-

Lange genug haben fast ausschließlich männliche Akademiker, mit ihrem privilegierten Lebensstatus und weit weg vom banalen Alltag, definieren dürfen, was sittlich gut oder schlecht ist. In vierzehn „Skizzen“ behandelt des-

halb Ina Praetorius in verständlicher – und manchmal erfrischend streitlustiger – Form zentrale Themen der Feministischen Ethik wie: Gentechnik, Tierversuche, Ökonomie oder Geschlechterverhältnis.



Gunhild Buse
Macht-Moral-Weiblichkeit

Eine feministisch-theologische Auseinandersetzung mit Carol Gilligan und Frigga Haug
128 S. Kt. DM 28,80 /
ÖS 225,- / SFr 30,-

Carol Gilligans These einer spezifisch weiblichen Moral löste eine heftige Debatte aus. Aus dem Blickwinkel einer feministischen Befreiungstheologie zeigt Gunhild Buse die Brisanz dieser Auseinandersetzung für die Feministische Theologie.



Lucia Scherzberg
Sünde und Gnade in der Feministischen Theologie
2. Aufl. 260 S. Kt. DM 36,-
ÖS 281,- / SFr 36,20

Die Autorin arbeitet frappierende Parallelen aus der Theologiegeschichte heraus und zeigt auf, wie sich, ungeachtet des feministischen Blickwinkels, klassische Denkmodelle wiederholen. Eine umfassende und systematisch-theologisch fundierte Einführung in die wichtigsten Strömungen und Tendenzen der Feministischen Theologie.

Matthias-Grünewald-Verlag
Postfach 3080, 55020 Mainz



dierte nicht mit einem Anwachsen der öffentlichen Kontrolle des Präsidialamtes, das wegen der undurchsichtigen Personalpolitik Wałęsas nach weitverbreiteter Ansicht unter Deprofessionalisierung, Dekomposition und Manipulation des Verfassungsrechts leidet.

So kämpfte der Präsident zum einen für ein französisches Modell der Präsidialdemokratie und zum anderen für seine Wiederwahl. Diese unglücklicher Verquickung von Interessen destabilisierte während der gesamten Amtszeit der SLD/PSL-Koalition die politische Landschaft Polens. Bereits am 1. Juni 1994 hatte er als erster offiziell seine Kandidatur für die Präsidentenwahlen 1995 angekündigt. Im Herbst 1994 versuchte Wałęsa, sich als Verteidiger der großen Wirtschaftsreformen gegen das postkommunistische Linksbündnis zu profilieren, obwohl deren Verzögerer ja hauptsächlich bei der Bauernpartei zu finden waren. Zu einer dramatischen Zuspitzung kam es im Herbst 1994 und dann zu einer Klimax Anfang Februar 1995, als Wałęsa unter Umgehung seiner verfassungsmäßigen Rechte mit der Auflösung des Sejm drohte, um den amtierenden Ministerpräsidenten Pawlak und die Bauernpartei auszubooten, ebenfalls mit dem – allzu berechtigten – Argument der Reformfeindlichkeit.

Der Preis für die von Wałęsa initiierte innenpolitische Bewegung zur Beschleunigung des Transformationsprozesses scheint unter der Drohung mit der Beugung von geltendem Recht und Verfassung viel zu hoch. Angesichts der Schwäche des Rechtsstaats und in Ermangelung des Vertrauens der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit von Rechtsprechung und Gesetz untergräbt der höchste Mann im Staate eben dieses Prinzip mit dem fragwürdigen Argument, andernfalls werde das gewünschte Ziel (welches auch immer es sei) nicht erreicht. Damit wären Dezisionismus und Voluntarismus Tür und Tor geöffnet. Zwar hat sich Wałęsa bisher stets gescheut, die Regeln des demokratischen Rechtsstaats in größerem Maße zu verletzen, aber die Drohung an sich verursacht Unsicherheit.

Das Konkordat ist noch nicht ratifiziert

In der aufgeheizten innenpolitischen Krisensituation bot sich Kardinal *Józef Glemp* als Vermittler zwischen Regierung, Parlament und Präsident an, falls er von den Konfliktparteien gerufen würde (was nicht geschah). Allerdings stellte der Primas sich selbst ins Abseits, als er in einer Erklärung u. a. verlauten ließ: „Sich sehr auf den Buchstaben der Verfassung, auf die Demokratie zu berufen, ist in der Entwicklung einer Gesellschaft nicht immer ein Element der Dynamik der Entwicklung“ (*Polityka*, 11.2.1995).

An der Diskussion über den Platz der katholischen Kirche im demokratischen Polen nimmt der Primas ansonsten schon seit einiger Zeit nicht mehr so herausgehoben teil. Der Sekretär der Bischofskonferenz, Bischof *Tadeusz Pieronek*, hat sich in der aktuellen Debatte über die kontroversen Fragen zwischen Regierung, Parlament und Episkopat weiter profi-

liert und ist qua Amt und Format zu einem bevorzugten Gesprächspartner der Politiker und der Medien geworden. Und an alten und neuen Interessenkonflikten fehlt es nicht.

Die vor allem von SLD- und UP-Abgeordneten, aber auch von dem sozialliberalen Flügel der UW geforderte Liberalisierung des rigiden Abtreibungsgesetzes durch Einführung der sozialen Indikation verschlechterte nach der Regierungsbildung von Linksallianz und Bauernpartei das Verhältnis zwischen dem SLD-Flügel der Regierung und der katholischen Kirche, während die Bauernpartei sich in der Auseinandersetzung auffallend zurückhielt. Zwar beschloß der Sejm am 10. Juni 1994 die Liberalisierung des Gesetzes über Geburtenregelung. Gegen das am 4. Juli ausgesprochene Veto des Präsidenten kam in der Sejmsitzung am 2. September aber keine qualifizierte Mehrheit zustande, da die PSL sich mehrheitlich gegen die Liberalisierung aussprach. Das Gesetz blieb in seiner ursprünglichen Fassung in Kraft.

Das *Konkordat* wurde zwar noch von der Regierung Suchocka – in einer ihrer letzten Amtshandlungen – und dem Heiligen Stuhl unterschrieben, konnte aber wegen der Auflösung des Sejm vor den Wahlen 1993 nicht mehr ratifiziert werden. Der Vertrag geht von der Trennung zwischen Staat und Kirche aus, strebt jedoch eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden an. Von Politikern laizistischer Orientierung wie von einigen Verfassungsrechtlern wurde darauf hingewiesen, daß der Ratifizierung des Konkordatsgesetzes die Novellierung verschiedener Gesetze vorausgehen müsse und daß es grundsätzlich problematisch sei, eine so weitreichende Vereinbarung mit dem Heiligen Stuhl zu treffen, bevor die neue Verfassung verabschiedet worden sei.

Nach einem Spitzentreffen zwischen Bischof Pieronek und SLD-Chef Kwaśniewski im August 1994 hatten sich zwar Gesten guten Willens zwischen der katholischen Kirche und der SLD-Führung mit dem Ziel gehäuft, doch einen Weg zu finden, die Ratifizierung des Konkordatsgesetzes vor der Verabschiedung der Verfassung über die Bühne zu bringen. Andererseits verhinderten immer neue Vorwände verfassungsrechtlicher Natur, die Konkordatsfrage von der Tagesordnung der innenpolitischen Profilierungsgeplänkel zu streichen, so daß die SLD-PSL-Koalition unter dem Pawlak-Nachfolger *Józef Oleksy* damit belastet blieb.

In der Verfassungskommission der Nationalversammlung (Sejm und Senat) erhob derweil der Vertreter des Episkopats, *Józef Krukowski*, Einspruch gegen den vorgeschlagenen Wortlaut des Artikels 15 des Verfassungsprojekts, der die Formel über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche enthalten soll. Der Begriff „Trennung“ (*rozdziel*) verbindet sich für seine Gegner zu sehr mit den historischen Erfahrungen kommunistischer Kirchenpolitik; der Passus über „gegenseitige Autonomie und Unabhängigkeit“ ging wiederum Vertretern der Linken zu weit (*Rzeczpospolita*, 24.2.1995). Die entspanntere politische Atmosphäre im Zusammenhang mit der erfolgreichen Regierungsbildung von Ministerpräsident Oleksy und die demonstrativ freundliche und respektvolle Reaktion der Linksallianz auf die Ernennung des profilierten Katholiken und Antikommunisten *Władysław Bartoszewski* zum

Außenminister lassen jedoch erwarten, daß in der Verfassungskommission bald die notwendigen Kompromisse gefunden werden. Die jüngste Kritik von Kardinal Glemp an der Arbeit der Verfassungskommission und sein Vorwurf, in Polen bestehe die Volksrepublik weiter, tragen allerdings nicht zur Versachlichung der Atmosphäre bei.

Der Berater der oppositionellen Freiheitsunion, *Aleksander Smolar*, verneint die Gefahr einer Rückkehr der Volksrepublik (VRP), wenn er in einer Bilanz ein Jahr nach den Parlamentswahlen im Gespräch mit dem SLD-Vorsitzenden *Kwaśniewski* auf der positiven Seite registrierte, daß in den Septemberwahlen die demokratischen Institutionen nicht zur Diskussion standen. Die Proteststimmen hätten sich in Zustimmung zu den jetzigen Regierungsparteien ausgedrückt, und die generelle Richtung der wirtschaftlichen Reformen werde beibehalten. Als teilweise positiv betrachtete *Smolar* auch die Tatsache, daß die politischen Kräfte, die sich wegen ihrer Verbindung mit dem alten System unter den Postsolidarność-Regierungen entfremdet gefühlt hatten, auf diese demokratische Weise in die politische Szene integriert worden seien (*Polityka*, 24.9.1994).

Nicht die Gefahr einer wirklichen Rückkehr in die VRP bestand in Polen unter Ministerpräsident *Pawlak* und seiner Koalitionsregierung; es war ein *restaurativer Geist*, der durch die Warschauer Amtsstuben zog. *Adam Michnik* nannte den Vorgang in Anlehnung an *Václav Havel's* „samtene Revolution“ die „samtene Restauration“: „Die polnische samtene Revolution gebar die samtene Restauration. Die Restauration bedeutet nie die Rückkehr des alten Regimes und der vergangenen Ordnungen. Die Restauration ist die Reaktion auf die Revolution, der Paroxysmus der Rückkehr vergangener Leute, Symbole, Traditionen und Gewohnheiten“ (*Gazeta Wyborcza*, 3.-4.9.1994). Sichtbar sind die Veränderung

des politischen Stils durch die neu-alten Eliten, die Rückkehr von alten (nicht: der alten) Kadern und der entsprechenden „Kinderstube“.

Die Rücknahme der einen Reform (z.B. territoriale Neugliederung), die Blockade einer anderen (z.B. Einführung der Kreisebene), die Verschiebung der dritten (z.B. Gemeindefinanzen), die Verspätung mit der vierten (z.B. Massenprivatisierung) oder die Untätigkeit (z.B. Agrarreform) wurden der Regierung *Pawlak* vorgeworfen. Die Renaissance des zentralistischen Denkens und des Glaubens in seine Vernünftigkeit (PSL), der Verlust der Reformdynamik und eine zunehmende Blockierung der Regierungspolitik durch innere Zerwürfnisse der Koalitionäre, angereichert durch einen Präsidenten, der die demokratische Ordnung herausfordert und Oppositionsparteien, die sich nicht im klaren sind, gegen wen oder was sie mit wem opponieren sollen, zeichneten ein sehr widersprüchliches Bild der inneren Entwicklung Polens.

Wenn auch ursprüngliche Vorstellungen von der Existenz einer „civil society“ in einem Transformationsland wie Polen sich als verfrüht erwiesen haben sollten, die „civic culture“ erweist sich als entwickelt genug, Anschläge auf die demokratische Ordnung und die offene Gesellschaft abzuwehren, auch wenn Regierung, Parlament und Parteien angesichts von *Wałęsas* Balancieren am Rande des Staatsstreichs erschreckend hilflos erschienen. Womöglich kann aber der Kampf des Präsidenten um sein persönliches Schicksal noch ein gutes bewirken, indem er die Parteien von rechts bis links zur Verteidigung der demokratischen Ordnung veranlaßt, die längst fällige Verabschiedung einer neuen Verfassung voranbringt, die das bestehende Rechtsvakuum zwischen Regierung und Präsident beseitigt, und dem Reformprozeß eine neue Dynamik verleiht.

Dieter Bingen

Gewinner und Verlierer

Der Friedensprozeß zwischen Israel und den Palästinensern

Vor einem Jahr wurde das „Gaza-Jericho-Abkommen“ zwischen Israel und den Palästinensern unterzeichnet. Der Weg zu einer Lösung des Konflikts ist allerdings noch weit; der Friedensprozeß kommt derzeit nur mühsam voran. Ludwig Watzal zieht eine Zwischenbilanz der neuen Etappe im israelisch-palästinensischen Verhältnis und legt dabei das Schwergewicht auf die Lage der Palästinenser. 1994 erschien sein Buch „Frieden ohne Gerechtigkeit“ über Israel und die Menschenrechte der Palästinenser.

In Israel und Palästina haben sich Kräfte zusammengefunden, um dem hundertjährigen Konflikt zwischen Juden und Arabern ein Ende zu machen. Die Nachricht vom Abschluß eines Abkommens zwischen den langjährigen Feinden schlug wie eine Bombe ein. Was war geschehen, daß aus dem „Terroristen“ *Yassir Arafat* und dem militärischen „Haudegen“ *Yitzhak Rabin* über Nacht Friedenstauben geworden

sind? Die revolutionären Veränderungen, die sich 1989/90 in Europa ereigneten, ließen auch den Nahen Osten nicht unberührt. Symbol dieser internationalen Kräfteverschiebung war der *Golfkrieg*, in dem sich unter Führung der einzig verbliebenen Supermacht USA eine Armada von Staaten gegen einen Aggressor zusammenfand, der sich ein Scheichtum völkerrechtswidrig einverleibt hatte. Die Palästinenser hat-